

FZ

FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT

März 2009

In Kooperation mit der
KfW Entwicklungsbank



Wirksamer Einsatz

[Mosambik]
Der Staat ist zu
Reformen bereit

[Mali]
Koordinierter Ansatz
für die Landwirtschaft

[Europa]
Ein Motor der
multilateralen Politik

„Damit wir alle möglichst große Wirkung entfalten“

Die Regierungen von Entwicklungsländern und Gebern haben sich auf eine gemeinsame Politik geeinigt, um die Wirkung der Zusammenarbeit zu steigern. Die Grundprinzipien der Aid-Effectiveness-Agenda wurden 2005 beim High-Level Forum in Paris beschlossen, im Spätsommer letzten Jahres wurde auf einem Folgegipfel in Accra Zwischenbilanz gezogen.

KfW Entwicklungsbank



Helmut Gauges
leitet den Bereich Auslandssekretariat, Lateinamerika und Karibik der KfW Entwicklungsbank.

Was waren die wichtigsten Impulse von Accra?

Nach der Paris Declaration on Aid Effectiveness haben Geber und Geberinstitutionen wie die KfW Entwicklungsbank fleißig daran gearbeitet, die Forderungen umzusetzen. In Accra ist nun etwas ins Spiel gekommen, das noch unterbelichtet geblieben war: Die Entwicklungsländer sind jetzt sehr stark aufgetreten – nicht nur mit Forderungen, sondern auch mit der Bereitschaft zur Verantwortung.

Worin äußert sich das?

Es ist noch deutlicher geworden, dass Erfolg von der Ownership der Partnerländer abhängt. Das bedeutet wiederum, dass Governance dort ein zentrales Thema ist. Regierungen müssen gegenüber Wählern, Parlamenten und der Öffentlichkeit generell Verantwortung übernehmen. Das ist der wesentliche Akzent, den Accra gesetzt hat.

Die Rolle der Entwicklungsländer ist ins Blickfeld gerückt – was heißt das für deutsche Entwicklungsinstitutionen?

Wir müssen stärker auf die Nachfrage der Partner eingehen, ganz klar. Das ist etwas, das die KfW Entwicklungsbank immer betont hat. Missionarischer Eifer bringt kaum etwas. Vieles, was wir uns in Geberländern vorstellen, ist gut – aber nicht unbedingt richtig für das betroffene Land. Vielleicht stimmt auch nur der Zeitpunkt nicht. Wir müssen auf die Anliegen der Partner achten – nicht nur der Regierungen, sondern durchaus auch der Zivilgesellschaft.

Wie ist in diesem Zusammenhang die Budgethilfe zu bewerten?

Dieses Instrument wird in Deutschland teilweise sehr kritisch wahrgenommen. Direkte Mitteltransfers in ihren Haushalt geben Regierungen viel Spielraum, sie können freier agieren als bei klassischer Projektfi-

nanzierung. Gefordert werden zugleich aber mehr Transparenz, ausführliche parlamentarische Debatte und konsequente Rechnungsprüfung. Derlei ist in vielen Ländern, mit denen wir zusammenarbeiten, nicht selbstverständlich. Wenn aber die Regierungen und die Bürger daran arbeiten, kann Budgethilfe hierzu einen konkreten Anschlag leisten.

Es ist wie mit der Henne und dem Ei: Sie brauchen bessere Governance, um Budgethilfe einzuführen, wollen aber mit Budgethilfe bessere Governance erreichen. Was kommt zuerst?

Es gehört beides zusammen, denn Entwicklung ist ein Prozess. Der Weg ist entscheidend – und der politische Wille, ihn zu gehen. Mit dem richtigen Instrumentenmix können wir auf allen Ebenen zugleich ansetzen. Früher zielten Projekte nur auf die Mikroebene ab, heute gibt es manchmal eine Tendenz, ausschließlich die Makroebene zu betonen.

Die Europäische Kommission neigt zum Beispiel dazu, Budgethilfe und Aid Effectiveness gleichzusetzen.

Wir sehen das differenzierter, und in der Pariser Erklärung ist von „programm-basierten Ansätzen“ die Rede. Der Leitgedanke ist, dass wir uns in die Systeme und Programme der Entwicklungsländer einklinken. Die Geber müssen kooperativ der Willensbildung in einem Land folgen, anstatt ihre eigenen Konzepte zu betonen. Budgethilfe ist eine von mehreren Möglichkeiten in diese Richtung.

Worauf kommt es darüber hinaus an?

Accra hat den Blick für die gemeinsame Rechenschaft geschärft. Für die Finanzielle Zusammenarbeit ist das eine altbekannte Angelegenheit. Wir definieren schon lange vor Beginn von Maßnahmen, welche Wirkung wir erwarten; und wir prüfen auch schon lange ex-post ein paar Jahre nach Abschluss einer Maßnahme, was sie auf Dauer gebracht hat. Dass wir die Ergebnisse veröffentlichen, zwingt auch die Partner zu Verantwortung.

Titelbild: Malische Reisbauern im entwicklungspolitisch geforderten Birmendelta des Niger (siehe S. vi). Foto: KfW Entwicklungsbank

Die Aid-Effectiveness-Agenda zielt nicht auf sichtbare Erfolge von Geberinstitutionen ab, sondern betont die Ownership der Zielländer. Bereitet Ihnen das Schwierigkeiten?

Damit lebt die KfW Entwicklungsbank schon seit langem. Die Finanzielle Zusammenarbeit ist naturgemäß nicht allzu deutlich sichtbar. Wir arbeiten als Entwicklungsberater immer begleitend – im Hintergrund. Ohne Nutzung der Partnersysteme und Eigenverantwortung ist Finanzielle Zusammenarbeit unmöglich. Insofern haben Paris und Accra uns bestätigt. Geberinstitutionen mit augenfälligerer Präsenz vor Ort tun sich bestimmt schwerer.

Die Entwicklungsländer haben immer noch mit sehr vielen Geberinstitutionen zu tun.

Die Debatte über Arbeitsteilung ist wichtig. Das zeichnete sich schon vor zehn Jahren ab. Offensichtlich ist innerhalb der EU Koordination nötig, damit wir alle – also alle beteiligten Institutionen – möglichst große Wirkung entfalten können. Es ist gut, dass das in der Aid-Effectiveness-Agenda weltweit aufgegriffen wird. Zugegeben: Auch die EU hat noch eine Wegstrecke vor sich. Einzelne Mitglieder verfolgen eben durchaus auch eigene, nationale Interessen.

Der europäische Verhaltenskodex für die Entwicklungspolitik besagt, dass pro Sektor und Entwicklungsland nur drei EU-Mitglieder aktiv sein sollen. So weit sind wir noch nicht.

Aber wir müssen in diese Richtung gehen. Ob dann nun drei, vier oder vielleicht doch noch fünf EU-Staaten mit von der Partie sind, ist letztlich eine Frage der Zeit. Europäische Politik wird auf vielen Feldern harmonisierter, auch die gemeinsame Außenpolitik gewinnt an Kontur.

Noch eine Henne-und-Ei-Frage: Treibt die Aid-Effectiveness-Agenda die EU an, oder ist die EU ein Motor?

Die EU hat nach einigem Zögern die Rolle des Impulsgebers übernommen. Das war nicht nur aus deutscher Sicht nötig. Jetzt müssen sich auch die Mitgliedsländer positiv einbringen.

Und die verschiedenen bilateralen Durchführungsorganisationen auch.

Ja, sicherlich. Wir beschäftigen uns seit einiger Zeit intensiv mit der programm-basierten Gemeinschaftsfinanzierung. Hierfür haben wir unsere Fachlichkeit ausgebaut und auch unsere Auslandspräsenz deutlich ausgeweitet, weil das für den Dialog mit den Entwicklungsländern, aber auch mit den anderen Geberinstitutionen

Internationales Politikziel: Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit steigern

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt sich stark für die internationale Agenda, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu steigern, ein. Im September 2008 zog eine internationale Konferenz in Ghanas Hauptstadt Accra Zwischenbilanz über die bisher erreichten Ziele. Dieses High-Level Forum on Aid Effectiveness machte deutlich, dass nicht nur Regierungen verantwortlich handeln müssen, sondern dass breite Partizipation unter Einschluss von Parlamenten, Kommunalverwaltungen, Zivilgesellschaft und Medien in den Entwicklungsländern nötig ist.



Die fünf Grundprinzipien von „Aid Effectiveness“ wurden 2005 beim High Level Forum in Paris in der „Paris Declaration“ festgelegt und in Accra bestätigt:

- **Eigenverantwortung (Ownership):** Die Entwicklungsländer übernehmen eine Führungsrolle bei der Formulierung und Ausgestaltung ihrer Entwicklungspolitiken und -strategien und koordinieren die Geberaktivitäten.
- **Partnerausrichtung (Alignment):** Die Geber gründen ihre gesamte Unterstützung auf die nationalen Entwicklungsstrategien, -institutionen und -verfahren der Partnerländer.
- **Harmonisierung:** Die Aktionen der Geber sind besser koordiniert und harmonisiert und führen zu einer kollektiv größeren Wirksamkeit.
- **Ergebnisorientiertes Management:** Geber und Partner stellen die Wirkungen ihres entwicklungspolitischen Handelns in den Vordergrund und lassen sich daran messen.
- **Gegenseitige Rechenschaftspflicht:** Geber und Partnerländer legen Rechenschaft über die Umsetzung und Erreichung ihrer Entwicklungsziele ab.

Accra Agenda for Action: www.accrahlf.net

wesentlich ist. Im Ergebnis sind wir in der Gemeinschaftsfinanzierung ein für seine Professionalität und Seriösität anerkannter Partner geworden.

Die Fragen stellte Hans Dembowski

Impressum

Verantwortlich: Michael Seyler,
KfW Bankengruppe

Redaktion: Dr. Hans Dembowski

Autorin: Eleonore von Bothmer

Grafik-Design: Jörn Roßberg

Druck und Verlag:

Frankfurter Societät,

Postfach D-60268 Frankfurt

Wirksame Anreize für Reformen

In Ländern mit vielversprechender Entwicklung, aber teils noch problematischer Governance kann Budgethilfe dazu beitragen, die Lage zu verbessern - wie das Beispiel Mosambik zeigt. Nach 500 Jahren Kolonialherrschaft und anderthalb Jahrzehnten Bürgerkrieg wird dieses südafrikanische Land seit 1992 vollständig neu aufgebaut.



von Bothmer

Blick über die Innenstadt von Maputo

Der Friedensschluss der beiden großen Parteien Frelimo und Renamo motivierte die westlichen Geber Anfang der 90er Jahre, dem zerrütteten Land zu helfen. Der Anfangserfolg war gewaltig. Mittlerweile hat Mosambik ein jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich acht Prozent und gilt als eines der stabilsten Länder südlich der Sahara. Es ist aber auch weiterhin eines der ärmsten.

Angesichts des Erfolgs entschlossen sich mehrere Geber – darunter auch Deutschland –, die Regierung mit Budgethilfe zu unterstützen, trotz der noch bestehenden Probleme in der Regierungsführung.

Die Presse berichtet über eine problematische Justiz und Bestechlichkeit. Auf dem Index der Wahrnehmung von Korruption (CPI) von Transparency International liegt Mosambik seit Jahren weit hinten.

Das sind nicht gerade die besten Voraussetzungen für die treuhänderische Vergabe von Geldern. „Man muss aber unterscheiden zwischen der ‚kleinen‘ Korruption – dem Polizisten, der am Straßenrand die Hand aufhält – und der ‚großen‘ Korruption in der Politik“, sagt Ralf Orlik. Der promovierte Ökonom leitet seit Anfang 2009 das Büro der KfW Entwicklungsbank in Maputo.

Korruption gibt es in jedem Land – nicht nur in Afrika muss sie permanent bekämpft werden. Eine Voraussetzung für die Vergabe von Budgethilfe gemäß dem BMZ-Konzept zur Budgetfinanzierung im Rahmen der Programmorientierten Zusammenarbeit (2008) lautet: „Es muss sich um reformdynamische Niedrigeinkommensländer handeln.“ Für den Veränderungswillen der Regierung gibt es in Mosambik deutliche Anzeichen. 2008 etwa wurden erstmals große Korruptionsfälle aufgedeckt. Dabei wurde unter anderen ein ehemaliger Innenminister – also auch eine Person aus dem politischen Establishment – verhaftet.

Dieser Trend ist erfreulich, er muss sich aber noch fortsetzen und auch zu konkreten Ergebnissen wie relevanten Strafprozessen und Urteilsprüchen führen, um sich positiv auf den CPI niederzuschlagen. Der Handlungsbedarf ist nach wie vor hoch. Insgesamt ist das Land jedoch auf einem guten Weg.

Insgesamt sind 19 Budgethilfe-Geber beteiligt – das macht eine gute Zusammenarbeit untereinander und mit der mosambikanischen Regierung unerlässlich. Ein „Memorandum of Understanding“ (MoU) regelt die Zusammenarbeit und formuliert die Grundbedingungen für Budgethilfe. Jeder Geber hat einen bilateralen Vertrag mit der Regierung von Mosambik geschlossen und

kann bei Verletzung der vereinbarten Grundbedingungen Budgethilfe-Zahlungen aussetzen.

Grundsätzlich basiert das Engagement der Geber auf den Zielen der Armutsbekämpfungsstrategie des Landes. Für die jeweiligen Ziele werden Indikatoren festgelegt, an denen sich die konkrete Hilfe orientiert. In Mosambik hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die KfW Entwicklungsbank damit beauftragt, die Budgethilfe zusammen mit den anderen Gebern umzusetzen. Zweimal im Jahr wird überprüft, ob die Reformpolitik Mosambiks umgesetzt wird und zu den vereinbarten Ergebnissen führt. Grundlage für das gesamte Budgethilfeprogramm ist das ernsthafte Bemühen der mosambikanischen Regierung um Armutsminderung, welches sich in ihrer Reformagenda widerspiegelt. Sie wendet rund zwei Drittel ihres Haushalts für einschlägige Maßnahmen auf.

Budgethilfe zielt darauf ab, strukturelle Veränderungen in der Politik eines Landes zu unterstützen. Mit einzelnen Programmen in verschiedenen Sektoren ist das nur bedingt möglich. Budgethilfe setzt dagegen beim gesamtstaatlichen Handeln an. Sie beinhaltet im Kern einen intensiven Politikdialog mit der Regierung, der auch schwierige Themen wie Korruption,

Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung umfasst. Um Korruption zu vermeiden, ist selbstverständlich der rechtliche Rahmen wichtig. Damit es etwa im öffentlichen Beschaffungswesen korrekt zugeht, sind klare Gesetze nötig, die konsequent angewendet werden. Im Kontext der Budgethilfe werden hierfür Reformen vereinbart und die Umsetzung mit der Regierung und den Gebern eng verfolgt.

Wesentlich für solide Haushaltsführung ist darüber hinaus ein kompetenter nationaler Rechnungshof – und auch das ist Gegenstand von Verhandlungen über Budgethilfe. KfW-Fachmann Orlik erkennt hier wichtige Fortschritte in Mosambik. „In den 90er Jahren gab es so etwas wie einen Rechnungshof noch nicht – vor diesem Hintergrund ist es enorm, was inzwischen passiert, auch wenn es noch nicht in allen Bereichen westlichen Ansprüchen genügt.“ Die Bedeutung des Rechnungshofs ist gestiegen, er führt umfassend, zeitnah und immer häufiger Prüfungen durch. Der Rechnungshof wird von den Gebern – darunter auch das BMZ über KfW und GTZ – bei der Umsetzung seines strategischen Entwicklungsplanes unterstützt.

Budgethilfe ist in vielerlei Hinsicht vorteilhaft. Sie bietet Anreize für Reformen und ist vergleichsweise unbürokratisch. Sie stärkt die Institutionen in den Partnerländern, weil sie konkrete Anforderungen an deren Institutionen, Personal und Verfahren stellt. Budgethilfe sollte jedoch langfristig ausgerichtet sein, um die Umsetzung der komplexen Reformpolitiken und der Verbesserung der Regierungsführung nachhaltig unterstützen zu können. Sie stellt damit in der Entwicklungszusammenarbeit die intensivste Form einer Partnerschaft zwischen Regierungen und Gebern dar. *(eli)*

Budgethilfe

„Budgethilfe“ bedeutet, dass Geber Geld direkt an den staatlichen Haushalt eines Entwicklungslandes transferieren. Die treuhändischen Risiken sind hierbei höher als bei der „Korbfinanzierung“ – da zahlen die Geber in einen Korb ein, den sie selbst verwalten, um Politik in einem bestimmten Sektor (etwa dem Gesundheitswesen) zu unterstützen.

Nicht jedes Land kommt für Budgethilfe in Frage. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat für die Bundesregierung im „Konzept zur Budgetfinanzierung im Rahmen der Programmorientierten Zusammenarbeit“ (2008) die Ziele und Einstiegskriterien herausgestellt. Ein Mindestni-

veau an „good governance“ ist gefordert. Das äußert sich beispielsweise in hoher Reformbereitschaft und Entwicklungsorientierung, im Bekenntnis zur Korruptionsbekämpfung und im Willen zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Kriterien für die Vergabe von Budgethilfe sind unter anderem

- die Armutsorientierung der Regierung,
- wirtschaftliche Rahmenbedingungen,
- die Anerkennung der Menschenrechte,
- die Geltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien,
- Transparenz im politischen Handeln und
- konstruktives Verhalten in der Staatengemeinschaft.

Kontrolliert werden – anders als früher in der Entwicklungszusammenarbeit üblich – nicht so sehr die einzelnen Ausgaben für bestimmte Programme, vielmehr wird die Wirkung des Engagements unter die Lupe genommen.

Im Bildungsbereich wird also beispielsweise geprüft, ob die Lehrerzahlen und Einschulungsraten steigen. Die deutsche Entwicklungspolitik untersucht in jedem Land genau, welche Risiken zu erwarten sind, bevor über die Vergabe von Budgethilfe entschieden wird. *(eli)*

BMZ:
www.bmz.de/de/service/infothek/buerger/themen/Budgethilfe.pdf

Effektives Zusammenspiel

Mali besteht zu zwei Dritteln aus Wüste - aber im Herzen des Landes befindet sich eines der größten Bewässerungsgebiete südlich der Sahara. Im Binnendelta des Niger wird dank staatlichen Land- und Bewässerungsmanagements auf 80 000 Hektar die Hälfte der nationalen Produktion an Reis geerntet. Eine Gruppe von Geberinstitutionen unterstützt die Regierung bei der Erweiterung und Rehabilitierung dieser Bewässerungsflächen. Das Engagement orientiert sich an den Hauptzielen der malischen Armutsbekämpfungsstrategie: eine unabhängige Nahrungsmittelversorgung und die Reduzierung der Einkommensarmut.

Bis Anfang der 90er Jahre war das staatliche Office du Niger (ON) von der Aussaat bis zur Vermarktung für alle Aspekte der landwirtschaftlichen Produktion zuständig. Mit den 1994 abgeschlossenen Strukturreformen blühte die Region auf. Den Bauern wurde die Verantwortung für ihre Felder übertragen und die Aufgaben des ON beschränken sich seitdem auf die Wasserversorgung. Dabei kommt ein seit der Kolonialzeit bewährtes Bewässerungssystem zur Anwendung, das den Wasserpegel um einige Meter anhebt und mit dem natürlichen Gefälle ableitet. Pumpen werden daher nicht benötigt, Energiekosten fallen nicht an.

Seitdem die Bauern selbst entscheiden, ist ihre Produktivität enorm gestiegen. Studien bestätigen, was auch mit bloßem Auge sichtbar ist: Die Bauern, die die Felder auf der Basis langfristiger Nutzungsrechte selbstständig bewirtschaften und Wassergebühren an das ON abführen, können ihren Lebensstandard deutlich erhöhen. Die Menschen haben genug zu essen, Kleidung, Bildung und Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Selbst Luxusartikel wie Mopeds oder Fernseher sind keine Seltenheit mehr. Inzwischen leben über 420.000 Menschen überwiegend von der Landwirtschaft.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die KfW Entwicklungsbank, die seit mehr als 30 Jahren im Land aktiv ist, bei der Reform des ON mitgewirkt und hilft nun bei der Umsetzung sowie der Bereitstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel. Insgesamt sechs bi- und multilaterale Geber beteiligen sich derzeit über Einzelprojekte an der Umsetzung des nationalen Entwicklungsplans für das Großbewässerungsgebiet des ON. Aus Sicht der malischen Regierung und der Geber ist dieser Ansatz vor dem Hintergrund der in Mali herrschenden Rahmenbedingungen derzeit der effizienteste Weg, um die angestrebten Entwicklungsziele zügig zu erreichen.

Die alternative Budgethilfe – so ist man sich einig – würde hier aufgrund der noch unzureichenden Erfahrung auf malischer Seite an Grenzen stoßen. Daher ist bei der Wahl des developmentpolitisch sinnvollen Instrumentenmixes besonderes Augenmaß gefragt. Um ihre Einzelvorhaben im Sinne der Paris und Accra Agenda wirkungsvoll miteinander zu verknüpfen, haben die Geber gemeinsame Prinzipien der Zusammenarbeit mit dem ON sowie eine gemeinsame Position bei richtungweisenden Entscheidungen vereinbart. Diese Prinzipien wurden 2005 durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Charta formalisiert. Das gemeinsame Engagement ist auf die Umsetzung der malischen Armutsbekämpfungsstrategie ausgerichtet, deren Hauptziele eine unabhängige Nahrungsmittelversorgung und die Reduzierung der Einkommensarmut sind. Die Förderung produktiver Sektoren und der Ausbau der Bewässerungslandwirtschaft sind dabei wesentliche Komponenten.

Der auf die Weise geschaffene Ordnungsrahmen in Form eines Leistungsvertrages zwischen Staat, ON und Nutzergruppen und die gemeinsame Charta der Geber sind die Voraussetzung für ein kohärentes Zusammenwirken aller relevanten Akteure auf der Grundlage der nationalen Entwicklungsstrategie. (eli)



KfW Entwicklungsbank

Malische Bäuerinnen bringen die Ernte ein.

Supranationales Europa

Zusammen mit ihren Mitgliedsländern stellt die Europäische Union (EU) mehr als 50 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance/ODA) weltweit bereit. Schon daraus folgt, dass Europa ein Vorreiter sein muss, wenn es darum geht, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen.



Linear

Marokkanische Landstraße – die EU fördert unter anderem den Infrastrukturausbau.

Beim High-Level Forum on Aid Effectiveness in Ghana im vergangenen Herbst hat die EU eine Führungsrolle gespielt. Ihre Vertreter kündigten in den Verhandlungen an, sie würden schwache Formelkompromisse nicht unterschreiben. Damit setzten sie gegen den Widerstand manch anderer Geber durch, dass die Accra Agenda for Action (AAA) nicht hinter den Vereinbarungen der Paris Deklaration 2005 zurückfiel, sondern weitergehende Ziele formulierte. So sieht die AAA beispielsweise vor, dass Entwicklungsprogramme grundsätzlich über die Institutionen der Entwicklungsländer und gemäß deren Verfahren implementiert werden. Geber, die sich für andere Optionen entscheiden, müssen dies künftig transparent begründen.

Partner aus Entwicklungsländern weisen allerdings berechtigterweise darauf hin, dass die EU selbst noch Hausaufgaben zu erledigen hat. In afrikanischen Hauptstädten beklagen sich Ministerialbeamte, wenn sie immer wieder mit vielen unterschiedlichen EU-Gebervertretern und Institutionen verhandeln müssen. Je besser die Europäer sich koordinieren, umso wirksamer wird ihre Entwicklungszusammenarbeit.

Tatsächlich hat die EU schon einiges erreicht. Zu nennen ist etwa der EU-Verhaltenskodex zur Arbeitsteilung in der Entwicklungszusammenarbeit, der während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 be-

In Kürze: „Win-win-Situation“

Mit einer Kreditfazilität von 50 Millionen US-Dollar unterstützen zwei europäische Entwicklungsfinanzierer seit vergangenem Jahr die chinesische Firma Yingli Green Energy. Yingli ist ein viel versprechender Photovoltaik-Hersteller im Privatsektor und braucht Kapital, um zu expandieren. Starke Partner fand Yingli in der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, einem Unternehmen der KfW Bankengruppe – und der niederländischen FMO. Beide Institute gehören zu den 16 Mitgliedern von EDFI (European Development Finance Institutions), dem Dachverband der europäischen Entwicklungsfinanzierer, die den Privatsektor

in Schwellen- und Entwicklungsländern fördern.

Von enger Kooperation wie im Fall Yingli können alle Beteiligten nur profitieren. Das Risiko wird auf mehrere Schultern verteilt. Die Verwaltungskosten sind vergleichsweise gering, da die Prüfung und Verwaltung der Kreditfazilität von der DEG als LeitInstitution für das andere Finanzinstitut mit übernommen wird. Somit gibt es für den Kunden nur einen Hauptansprechpartner und ein einheitliches Verfahren – die Unterlagen werden zu diesem Zweck auf Englisch verfasst. Für den Kreditnehmer erfreulich ist selbstverständlich auch das insgesamt höhere Kreditvolumen. Winfried

Polte, Sprecher der DEG-Geschäftsführung, spricht von einer „Win-win-Situation“.

Die DEG arbeitet mit der FMO – ebenso wie mit der französischen Proparco – besonders eng zusammen. Der DEG-Geschäftsführer betont, die Kooperation innerhalb des EDFI-Verbundes sei in den vergangenen Jahren intensiver geworden, nachdem die 1992 entstandene Gruppe anfangs hauptsächlich dem Erfahrungsaustausch gedient hatte. Mittlerweile werde auch der Kontakt zu anderen Institutionen – etwa der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Asiatischen Entwicklungsbank oder der Weltbankgruppe – ausgebaut. (dem)

geschlossen wurde. Kernpunkte sind unter anderem, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihr Engagement pro Entwicklungsland auf drei Sektoren beschränken oder dass je Sektor im Entwicklungsland nicht mehr als fünf EU-Geber aktiv sind.

Derlei lässt sich nicht von heute auf morgen verwirklichen, aber es schlägt sich bereits im Alltag der KfW Entwicklungsbank nieder – etwa in Form von „Delegierter Kooperation“. Dabei handelt es sich um eine Durchführungsorganisation nicht nur im Auftrag der eigenen Regierung, sondern auch von anderen EU-Gebern. Das sieht der EU-Kodex als Übergangsszenario zur erfolgreichen Arbeitsteilung vor.

Im Rahmen „Delegierter Kooperation“ hat die KfW Entwicklungsbank beispielsweise Mittel von den Niederlanden im Wassersektor Tansanias oder von der Europäischen Kommission für die Stromversorgung in Afghanistan eingesetzt. Dieses Vorgehen reduziert den Verwaltungsaufwand der Entwicklungsländer, erfordert auf Geberseite aber mehr Abstimmung.

Als gutes Beispiel für Geberkoordinierung gilt auch die 2008 gestartete „Neighbourhood Investment Facility (NIF)“. Mit dieser neuen gemeinsamen Finanzierungsplattform unterstützt die EU Infrastrukturinvestitionen im Mittelmeerraum und Osteuropa. Die Kommission stellt für fünf Jahre 700 Millionen Euro bereit, und die Mitglieder steuern ihrerseits Mittel bei. Deutschland hat bereits zehn Millionen Euro

zugesagt. Die konkrete Projektarbeit leisten etablierte staatliche Entwicklungsfinanziers – im Maghreb etwa kofinanzieren und implementieren die KfW Entwicklungsbank, die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Agence Française de Développement (AFD) NIF-Infrastrukturvorhaben. Ähnlich arbeitet der 2007 geschaffene „Africa Infrastructure Trust Fund“ mit elf europäischen Gebern. Vorreiter für solche konzertierten Kooperationen auf europäischer Ebene ist der „European Fund for Southeast Europe (EFSE)“. Dieser Fonds zur Unterstützung von Mikrofinanzanbietern auf dem Balkan entstand auf Initiative der KfW Entwicklungsbank hin (siehe Kasten).

Dem Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den europäischen Entwicklungsinstitutionen dient auch das von der KfW und der französischen AFD initiierte „Practitioners Network for European Development Cooperation“. Es ist ein informelles Netzwerk europäischer Durchführungsorganisationen mit eigener Webseite (www.dev-practitioners.eu). Auch solche Kooperationsformen haben dazu beigetragen, dass Europa beim High-Level Forum in Accra stark auftreten

Das Modell EFSE

Der European Fund for Southeast Europe (EFSE) ist ein voller Erfolg. Er ist einer der größten Mikrofinanzfonds weltweit und unterstützt volkswirtschaftlich wichtige Mikro- und Kleinunternehmen sowie private Haushalte mit niedrigem Einkommen auf dem Balkan.

Der EFSE stellt regionalen Finanzdienstleistern Geld für die Vergabe von Kleinkrediten zur Verfügung. Ökonomisch sind diese Darlehen sehr wichtig, weil sie Unternehmensgründungen und Erweiterungsinvestitionen ermöglichen, die Einkommen und Beschäftigung schaffen. Im Dezember 2008 hatte der EFSE bereits rund 120 000 solcher Kredite refinanziert.

Der EFSE entstand in seiner heutigen Form Ende 2005. Die KfW Entwicklungsbank und die Privatbank Sal. Oppenheim legten in Zusammenarbeit mit der Frankfurt School of Finance



Kosovarischer Kleinkreditkunde und Schuhhändler.

and Management in Luxemburg den innovativen, privat gemanagten Fonds auf. Beteiligt sind öffentliche Geber, internationale Finanzinstitutionen und institutionelle Privatinvestoren.

Die Basis des EFSE bildeten die Mikrofinanzfonds für Südosteuropa, die auf KfW-Initiative hin schon von 1998 an entstanden. Das Kapital stammte seinerzeit von Deutschland und der Schweiz als souveränen Gebern sowie von Finanzinstitutionen wie der KfW Entwicklungsbank, der International Finance Corporation der Weltbankgruppe oder der niederländischen FMO. „Aid Effectiveness“ war noch kein gebräuchliches Schlagwort, was die Beteiligten aber nicht daran hinderte, koordiniert und effizient zu handeln. Bis 2005 halfen diese Fonds laut KfW-Schätzung rund 30 000 Arbeitsplätze zu schaffen und mehr als 10 000 im Bürgerkrieg zerstörte Häuser und Wohnungen wieder aufzubauen.

Der EFSE setzt diese Arbeit nun mit der geballten Kraft zusätzlicher Partner fort. Auf der Geberseite sind Dänemark, Österreich und die Europäische Kommission hinzugekommen. (jw/dem)